



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/14

17. Januar 1950

auf den Spuren von TU

sp. Seit dem 1. Januar 1950 gibt es in Deutschland wieder eine zweite Nachrichtenagentur, den "Deutschen Nachrichten-Dienst", der unter dem Zeichen DND (nicht zu verwechseln mit dem "druckfertigen Normalbericht", DNB der Nazizeit) funkt und fernschreibt. Er entstand in Frankfurt und entwickelte sich aus kleinsten Anfängen. Ein paar Redakteure bildeten vor Monaten eine "Arbeitsgemeinschaft Deutscher Redaktionsbüros in Frankfurt", ein etwas hochtrabender Name für eine kleine Schar fleissiger Journalisten, die sich durchsetzen wollte.

Dann kam die Lizenzfreiheit. Die Optimisten griffen zu, bauten einen Materndienst für die kleinsten der kleinen Zeitungen auf und begannen so mit der neuen Uniformpresse. Man nahm die Gelegenheit wahr, den Verlegern, die so lange in der Ausübung eben der demokratischen Freiheiten behindert waren, welche sie früher in der fortgesetzten Unterhöhnung der Demokratie produktiv ausnutzten, wertvolle Dienste zur Verfügung zu stellen. Die Verleger selbst, nach der Kapitulation gezwungen, ihre Betriebe vielfach gegen hohe Druckkosten und damit hohen Gewinn den lizenzierten Zeitungen zu leihen, hatten Geld genug und der 1945 entschwundene Hgt kam wieder wie der Appetit beim Vorgericht. Monate hindurch war nur unklar, woher man gemeinsam die Nachrichten nahm. "Aus dem Ather", antwortete ein Beherzter der neuen demokratischen Presse. Das ging nicht auf die Dauer. So gründete man den DND. Die Dienste werden in Matern, brieflich und auch auf den Funkwege, dieser wird zusammen mit der Dimitag beschriftet. Das ist der "Dienst mittlerer Tageszeitungen", der unter dem gleichen Namen und zumeist mit den gleichen Männern auch zu Hitlers Zeiten tätig war und der nun ebenfalls um die Gunst der neuen Zeitungsverleger warb.

Eine Nachrichtenagentur kostet sehr viel Geld. Hugenberg wusste das, als er gegen Wolffs Telegraphisches Büro seine "Telegraphen-Union" ins Leben rief, um der "nationalen Rechten", lies Schwerindustrie, zu dienen. Wir wissen noch nicht, wer hinter DND steht, aber wir kennen die Bestrebungen, die in den letzten Monaten zur Gründung dieser Nachrichtenagentur führen sollten. Was die Bundesregierung anlangt, so

17.1.1950

dementierte ihr Pressechef nur eine Beteiligung, die nicht behauptet worden war. Als Personen wurden Vizekanzler Blücher und Vizepräsident

des Bundestages, Dr. Schäfer, erwähnt, dann Philipp Reemtsma, Herr Pferdweges, der Wolfenbüttler Konservenfabrikant Kaune, der Göring-

Finanzier und Textilfabrikant Tengelmann in Herford, sein Vetter Gert Spindler, Grossindustrieller in Hilden in Westfalen (der geistige Ver-

ter und Führer der "Tatgemeinschaft freier Deutscher"), ferner Herr Kurt Fentzlin in Firma Bahlsen-Konnover, und, aus der Nachbarschaft,

Schokoladen-Sprengel, der Präsident der Industrie- und Handelskammer in Hannover, Henkel, dann der Rotari-Klub in Hamburg und Herr Will

Rinne, weiland Chefredakteur der "Hannoverschen Neuesten Nachrichten", der seinerzeit aus etwas mysteriösen Gründen aus dieser Zeitung aus-

schied. Wenn man hinzunimmt, dass der jetzige DND-Chefredakteur Peter H. Welcke, einst als Chefredakteur der "Fensterfaust" fungierte, Herr

Dr. Markus Timmler im alten DNB (nicht zu verwechseln mit dem neuen DND) und im Auswärtigen Amt Hitlers wirkte, der jetzt Mitinhaber der GmbH

Deutscher Nachrichten-Dienst ist, wenn man liest, dass Herr Erich Schneider, einst als Berliner Vertreter der Essener "Nationalzeitung"

Sörings Vorzugsjournalist Nr. 1 und später Chef des Nachrichtenbüros Transocean bei dem erwähnten Herrn Spindler im "Fortschritt" rück-

schriftlich schreibt, dann bleibt schon nach diesen wenigen Hinweisen über das neue Unternehmen und seine Hintergründe nicht mehr viel zu

erraten.

Noch ist es klein. Man riskiert noch nicht viel. Vielleicht weiss auch der eine oder andere, was es heisst, dem Ausland ein auf solche

Weise "ausgerichtetes" Nachrichtenbüro zu präsentieren. Darum schränkt man sich ein und bleibt zunächst in Deutschland mit seinen Diensten.

Das lohnt aber den Einsatz nicht, und die das Geld hergeben, wollen einmal Zinsen sehen. Sie müssen Geduld haben. Erst muss Deutschland

noch einmal "erwachen", dann, morgen(oder übermorgen), wird ihnen "die ganze Welt gehören" - so hoffen sie offenbar. Noch trägt das alles

leicht amüsante Züge. Trotzdem ist Aufmerksamkeit am Platze, denn hinter einer geschäftlichen Transaktion verbirgt sich, kaum getarnt

eine sehr gefährliche nationalistische Restaurierung.

Präludien des englischen Wahlkampfes

(sp.) London, im Januar

Obwohl noch keine der grossen englischen Parteien ihr Wahlprogramm bekanntgegeben hat und noch keine eigentlichen Wahlversammlungen stattfanden, kann man trotzdem vom Beginn des Wahlkampfes sprechen. Er vollzieht sich zunächst in den Betrachtungen der englischen Presse über den vermutlichen Ausgang unter kritischer Beleuchtung der von der Labourregierung durchgeführten Nationalisierungs- und die sonstigen "Wohlfahrts"-Massnahmen, mit deren Hilfe die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges überwunden werden sollten. Sogar in der liberalen Presse wird darauf hingewiesen, dass eine konservativere Regierung wohl kaum so gut mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig geworden wäre.

Die Labour-Partei hat erklärt, dass sie auf weitere Sozialisierungsmassnahmen in der Cement-, der Zuckerindustrie, des Versicherungswesens, des Fleischgrosshandels und der Wasserversorgung, soweit die letztere noch nicht öffentliches Eigentum ist, nicht verzichtet, wie sie auch durchaus entschlossen ist, die nicht zum Zuge gekommene Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie durchzuführen. Dennoch scheint eine weitere Sozialisierung zunächst nicht das Hauptmotiv der Labour Party zu sein. Morrison hat in einer Versammlung erklärt, dass "die Sicherung und Konsolidierung des bisher Erreichten" jetzt den Vorrang habe, bevor man grössere Risiken eingehen. Man kann dies als eine Konzession an die Wählerschaft aus dem Mittelstand betrachten, was Morrison noch mit dem Zusatz ergänzte, dass jetzt eine "Erholungszeit" notwendig sei "zur wirtschaftlichen Erstarkung unserer industriellen Struktur, um dem Schock zu widerstehen, der uns befallen wird, wenn die amerikanische Hilfe fortfällt". Der grosse Mittelstand, die kleinen, selbständigen Handwerker, der Angestellte und Beamte, diese Schichten werden wie bei der letzten Wahl den Ausschlag geben. Die Regierung Attlee, obwohl Arbeiterregierung, glaubt, auch diesen Schichten genügend geboten zu haben, um ihrer einigermaßen sicher zu sein. Als besonderes Plus bucht man in diesem Zusammenhang den öffentlichen Gesundheitsdienst, während die Arbeiterschaft durch die Vollbeschäftigung von konjunkturellen Schwankungen unabhängig wurde. Diesen beiden breiten Schichten ist eines gemeinsam: wirtschaftliche Sicherheit, auch wenn sie mit kleinen finanziellen Opfern verbunden sein wird. Die unheilvollen Folgen der grossen Arbeitslosigkeit unter der konservativen

Regierung während der 30-iger Jahre und vor dem zweiten Weltkrieg üben auch heute noch eine ungeheure Schockwirkung aus. Es spricht

für den realistischen Sinn der Arbeitnehmerschaft in politischen Dingen, dass sie die Schwierigkeiten der Regierung trotz mancher Unzu-

friedenheit anerkennt, indem sie kurz vor der Verkündung des Termins sich, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, für eine Beibehaltung des

Lohnstops ausgesprochen hat. Diese Einstellung dürfte auch in Kreisen des "Mittelstandes" zu finden sein, obwohl anzunehmen ist, dass

ein nicht geringer Teil des "Mittelstandes" aus Protest gegen die erhöhten Einkommensteuern nicht wieder Labour wählen wird. Die Arbeit-

nehmerschaft in den Industrievierteln und in der Landwirtschaft und grosse Teile der in den Industrie- und Handelszentren wohnenden

"Kleinbürger" werden wie 1945 den Kern der Labour-Wählerschaft bilden.

Offene Provokation

Aus Bonn wird bekannt, dass Professor Dr. Diem, derzeitiger Leiter der Sporthochschule Köln, zum Sportreferenten im Bundesinnenministerium

ernannt worden sei. Er soll diese Stellung nebenamtlich innehaben. Von der Personalpolitik der Bundesregierung ist man im Hinblick auf

Sympathien für politisch Belastete bereits einiges gewohnt, dieser neue Fall jedoch stellt eine - gelinde gesagt - Unbekümmertheit dar,

der nicht scharf genug entgegengetreten werden kann.

Bei der Wiederanknüpfung der Beziehungen Deutschlands zur Welt hat nicht zuletzt der deutsche Sport eine wesentliche Aufgabe zu er-

füllen. Nachdem er durch den Nationalsozialismus zu einer Vorschule für "soldatische Erziehung" und damit für den Krieg entwürdigt

worden ist, muss er vor der Welt beweisen, dass er wieder zu seinem Wesen zurückfinden will, kompromisslos dem Frieden und der Verständi-

gung zu dienen. Einer der Hauptbeteiligten an dem Prozess der Verfälschung der wahren Idee des Sports ist aber Dr. Carl Diem gewesen.

Eine Sammlung seiner Aussprüche und Reden, in denen er den Sport als Erzieher zur "Wehrhaftigkeit" feierte, würde einen stattlichen Band

füllen. Weder die Ausrede auf "aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate", noch Beziehungen zu Sportkreisen des Auslandes, die Diem auch heute

noch besitzt, können die Tatsache aus der Welt schaffen, dass für alle ehrlich demokratisch denkende Sportler Dr. Diem als Exponent der milita-

ristischen Sportideologie des Dritten Reiches gilt. Alle fachliche Erfahrung und Kenntnis wiegt das nicht entfernt auf. Es deutet nichts

darauf hin, dass Dr. Diem nach 1945 eine nennenswerte innere Wandlung durchgemacht hat.

Weite Kreise des deutschen Sports haben deshalb mit Recht die Zusammenarbeit mit ihm verweigert. Nachdem es ihm auf diese demokratisch legitimierte Weise nicht gelungen ist, in der im Aufbau beruflichen Organisation des deutschen Sports eine Rolle zu spielen, versucht er es durch die Hintertür. Der erste Schritt dieser Art war seine Berufung zum Schriftführer des Deutschen Olympischen Komitees. Nun gibt ihm die Bundesregierung Gelegenheit, auf einer der wichtigsten Positionen innerhalb des deutschen Sports seinen unheilvollen Einfluss von neuem auszuüben. Von der Tatsache, dass ein Sportreferent im Bundesministerium, wenn er seine Aufgabe wirklich ernst nehmen will, kaum nebenamtlich tätig sein kann, sei dabei ganz abgesehen. Der Hinweis auf diesen nebenamtlichen Charakter seiner Tätigkeit kommt aus dem schlechten Gewissen und soll der Berufung offenbar nur etwas von ihrer Bedeutung nehmen. C.G.

Potemkin-Hotel im Harz.

K. Dass pompöse Fassaden Elend verbergen und den Blick von der Not ablenken sollen, ist ein Merkmal aller Parteidiktaturen. Man denke nur an die überdimensionalen Bauten des Nürnberger Parteigebietes und an die KdF-Stadt auf Rügen. Die sowjetzonal SED-Diktatur lässt dieser traurige Ruhm des tausendjährigen Reiches nicht schlafen. So ist man auf die Idee gekommen, nicht etwa Wohnungen zu bauen, sondern auf dem Organistenkopf oberhalb von Vernigerode "zur Förderung des Fremdenverkehrs" ein Mammutshotel zu errichten. Eine "Inter-Hotel-Aktiengesellschaft" will mit diesem Weltstadtbau die schlichte Harzlandschaft "veredeln". 500 Betten soll das Hotel haben. Grosser Wert wird auf die Wohnraumgruppen, früher "Fürstenappartements", gelegt. Dazu kommen noch Schlafstätten für "Diener und Zofen", die sich die Gäste, man glaubt an zahlreichen Ausländerbesuch, mitbringen. Eine Vielzahl riesiger Säle, Cafes, Speiseräume, ein Theater und Kino, endlose Ladenstrassen und ein Schwimmbad sollen dem Vergnügen und der Unterhaltung dienen... 12 Stockwerke hoch, wird der Bau "verwöhnten Gästen" alles bieten, was geeignet ist, die Segnungen sowjetzonaler Kultur a la Potemkin vorzuführen. Es wird von 35 Millionen Ostmark gesprochen, die in dieses Geschäft hineingesteckt werden sollen. Mit dieser Summe könnte eine ganze Kleinstadt von 3.500 Wohnungen erbaut werden.

Besuch aus Holland. Mr. Johan Winkler, Chefredakteur von "Vry Nederland", Hollands zweitgrösster Zeitung, besuchte mit Mr. Backer den Parteivorstand der SPD in Hannover. Zweck ihrer Reise nach Deutschland ist es, den Vertrieb einer offiziellen deutsch-holländischen Zeitschrift ("Duitse Kronik") zu organisieren, die zur Verbesserung der kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern beitragen soll.

"Soweit wie möglich"

sp. Dass es drei Arten von Lügen gibt, ist bekannt: die Notlüge, die gemeine Lüge und die Statistik. Die Bundeskanzlei hat die erstaunte Öffentlichkeit mit einer Statistik beglückt, als nach Pastor Niemöllers verschiedenen Interviews im evangelischen Teil Westdeutschlands das Gefühl aufkam, dass in den Personalämtern der Bonner Ministerien das römisch-katholische Glaubensbekenntnis ein grösseres Gewicht besitze als das evangelische, beeilte sich der Bundeskanzler, diese Besorgnisse mit Zahlen aus der Welt zu schaffen. Dr. Adenauer ordnete an, dass eine Aufstellung der Beamten und Angestellten der Bonner Ministerien, aufgeteilt nach dem Glaubensbekenntnis, veröffentlicht werde. Und siehe da, man war überrascht: 272 evangelischen standen nur 128 katholische Beamte und Angestellte gegenüber. Damit nicht genug, führt die Statistik noch 15 Konfessionslose an. Zählt man diese entsprechend der Absicht, die mit der Statistik verfolgt war - zu den Protestanten, dann kommt man zu dem verblüffenden Ergebnis, dass auf einen katholischen 2,3 nichtkatholische Beamte bzw. Angestellte entfallen. Wer hatte das gedacht! Das ist das genaue Gegenteil dessen, was man den Bundeskanzler vorgeworfen hatte.

Vor Freude über soviel Objektivität, ja geradezu Selbstaufopferung des katholischen Kanzlers, übersah man in der Aufstellung der Bundeskanzler drei bescheidene Wörtchen: dass die Ministerien "soweit wie möglich" erfasst worden seien. Es war demnach möglich, insgesamt 415 Beamte und Angestellte "zu erfassen". Das ist genau ein Drittel des Stellenplanes, oder, mit Verlaub gesagt, sowenig wie möglich. Der Stellenplan der heute in Bonn installierten sogenannten neuen Ministerien umfasst nach dem Haushaltsplan 1233 Beamte, Angestellte und Arbeiter. Vielleicht ist die Bundeskanzlei in der Lage, auch über das Glaubensbekenntnis der noch nicht erfassten 818 Stellen Aufschluss zu geben, damit man sich der Beruhigung hingeben kann, dass diese Statistik nur eine Notlüge war, die "sobald wie möglich" von der Wahrheit abgelöst wird.

Das Bundespresseamt ist über die Statistik anscheinend sehr dürftig informiert; es teilt mit, dass davon nur die Beamten und Angestellten, nicht aber die Arbeiter erfasst worden seien. Nun sieht z.B. der Stellenplan des Bundesinnenministeriums 125 Beamte, 65 Angestellte und nur 33, also etwa 15 %, Arbeiter vor. Erfasst wurden von der Statistik aber nur 40 Beamte und Angestellte des Innenministeriums. Das Bundespresseamt weiss auch nicht, wieviel Stellen insgesamt bereits besetzt sind. In etwa 8-14 Tagen sollte "näheres" bekanntgegeben werden. Öffentlich verzichtet man dann auf die Einschränkung "soweit wie möglich".

J.S.

Verantwortlich: Peter Raunau